



Im Namen der „Geschlechtergerechtigkeit“ versuchen ideologiegetriebene „Genderisten“, einen neuen „geschlechtslosen“ Menschen zu schaffen.

Seite 2



Im Gespräch mit dem NPD-Landtagsabgeordneten Raimund Borrmann über die Abgehobenheit der Blockparteien-Bonzen im Landtag.

Seite 3



Verbrechen durch Polen haben nach der Grenzöffnung nicht – wie von den Bonzen versprochen – ab-, sondern vielmehr zugenommen!

Seite 4

Ausgabe 2 / 2008

Der Ordnungsruf

Hier sprechen wir!

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

www.npd-fraktion-mv.de



Birger Lüssow, MdL

Gastronomie schützen

NPD-Politik nimmt sich der wahren Belange der Bürger an. Bestes Beispiel dafür ist unser Verbesserungsvorschlag für das undurchdachte Nichtraucherschutzgesetzes. Im Gegensatz dazu haben die Etablierten jeden Sinn für die Realität verloren und lehnten notwendige Gesetzesänderungen ab, nur weil sie von der nationalen Opposition vorgetragen werden.

Exemplarisch steht dafür die FDP-Fraktion, die groß die Unterstützung von Gaststätten im Munde führte, sich im Landtag jedoch nicht mehr daran erinnern wollte. Die durch das Rauchverbot absehbaren Umsatzeinbußen von bis zu 50 Prozent, die letztendlich tausende Existenzen von Gastwirten und ihren Angestellten bedrohen, bestätigt nun der Hotel- und Gaststättenverband. So ist der Vorstoß meiner Fraktion im Landtag berechtigt und sinnvoll gewesen.

Wir hatten u. a. beantragt, den Gastwirten die Entscheidung zu überlassen, ob sie in ihrem Lokal das Rauchen erlauben oder nicht. Diese Regelung wäre ein Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der kleinen Lokale gewesen. Ich hatte mich in zahlreichen Gesprächen mit Wirten und Pächtern bereits im Vorfeld der Plenardebatte davon überzeugen können, daß Umbaumaßnahmen in der Regel entweder finanziell oder baulich nicht möglich sind.

Das Nichtreagieren des Landtages ist ein Schlag ins Gesicht der Gastwirte in unserem Land.

Deutsche Truppen raus aus Afghanistan!

NPD-Fraktion geißelt Kriegspolitik

Die Abgeordneten des Schweriner Landtages sind auf die Landesverfassung verpflichtet. Normalerweise legen gerade jene Parteien, die sich fortwährend selbst das Schild „demokratisch“ um den Hals hängen, auf diese Feststellung besonderen Wert. Unliebsame Opponenten werden mit dem Begriff der Verfassungsfeindlichkeit mundtot zu machen versucht.

Umso verwunderlicher ist, daß dieselben Parlamentarier in der letzten Plenardebatte wieder einmal einen NPD-Antrag ablehnten. Man wartet ja noch einmal gespannt darauf, daß die Damen und Herren, die im Block abzustimmen pflegen, auch irgendwann die Gesetze der Schwerkraft nicht mehr anerkennen, nur weil sie mitbekommen haben, daß auch Nationale sie anerkennen.

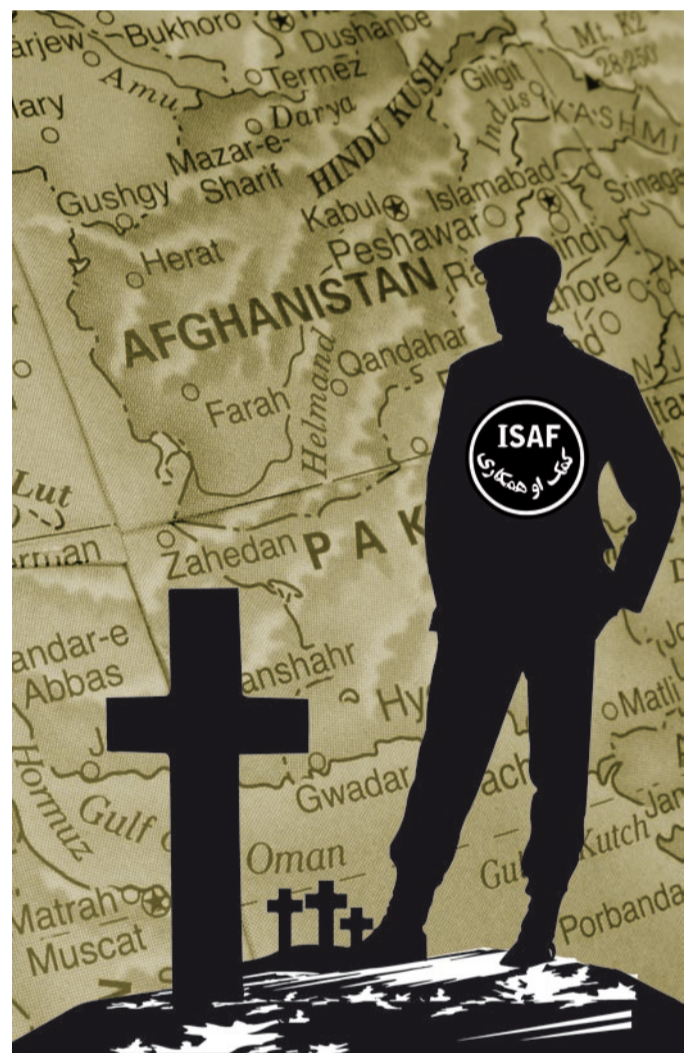
Vorläufig steht die Eskalationsschraube des Abgren-

zungssinns noch auf einer anderen Position. Denn diesmal stimmten die „guten Menschen“ gegen einen NPD-Antrag, obwohl dieser die Einlösung eines Verfassungsgebotes bedeutet hätte. Da die Landesverfassung in Artikel 18 a ausdrücklich festschreibt, daß Konfliktlösung, Stabilisierung und Sicherheit nicht durch Waffengewalt erfolgen können, wäre die Zustimmung der im Landtag vertretenen Parteien zum NPD-Vorschlag eigentlich zwingend gewesen.

Die nationale Opposition forderte den Landtag nämlich auf, die derzeitige bundesdeutsche Kriegspolitik in Afghanistan zu verurteilen. In dem Antrag wird zudem das Bekenntnis des Landtages zum Friedensgebot des Grundgesetzes sowie zur strikten Bindung an das Völkerrecht eingefordert. Die Landesregierung müsse die Bundesregierung zur schrittweisen Beendigung der Auslands Einsätze bewegen.

„Die NPD wird es nicht tatenlos hinnehmen“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs, „daß Deutschland sich an den gezielten Mordaufträgen zionistisch gesteuerter US-Regierungen weiterhin beteiligt. Statt hunderte Millionen Euro für Fremde Interessen in die Rüstung zu stecken, nur um dem großen Bruder schöne Augen zu machen, wäre das Geld zur Armutsbekämpfung hier in unserem Lande besser aufgehoben.“

Es sei überdies ein Skandal, daß die Vizepräsidentin des Landtages, Renate Holznagel, Landeskindern in einen unverantwortlichen Kriegseinsatz pompös verabschiedete: „Damit trägt Frau Holznagel auch mit dazu bei, daß wir uns zukünftig an Särge deutscher Soldaten gewöhnen müssen. Denn diese kämpfen nicht nur völkerrechtswidrig in Afghanistan, sie sind auch noch schlecht ausgerüstet und ausgebildet.“



Steinkohlekraftwerk Lubmin ist eine Gefahr für Mecklenburg-Vorpommern!

Umweltschutz

Die Lüge als Mittel der Politik: Das ist zwar nichts Neues, aber seitdem sich die Genossin Ypsilanti in Hese und ihr Bundeschef in die Wirrungen der Teilwahrheiten verstrickt haben, wird man auch in Mecklenburg-Vorpommern wieder sensibler für solche Fragen.

Denn was rund um Lubmin geschieht, dürfte sich ebenfalls in der Grauzone von Lüge und Verstrickung bewegen. Die große Politik, stets dienstbar, wenn es darum geht, die Wünsche der Industrie zu erfüllen, hat den Investor Dong Energy ins Land geholt, damit dieser hier ein Steinkohlekraftwerk bauen kann. Zu Hause ist der Energieriese unerwünscht – in Deutschland dagegen, we-

nigstens bei den Blockparteien, willkommen.

Da nach CDU-Vorstellungen sozial ist, was Arbeit bringt, ist hier die Lust auf

den Kraftwerkbau am stärksten ausgeprägt. Probleme wird es keine geben, so die Botschaft aus der Abteilung Spaßpolitik – auch für die Tourismus-



© Wotan / PIXELIO

branche. Das verkündet jedenfalls der Präsident des Landestourismusverbandes, Mathias Löttge. Kein Wunder, denn dieser trägt das Parteibuch der CDU. Die SPD leistet sich vor lauter Selbstbeschäftigung lieber gar keine Meinung oder sie schließt sich im Zweifel der CDU an. Und Linkspartei und FDP scheinen ebenfalls kein wirkliches Interesse am Stopp des Abenteuers Lubmin zu zeigen.

Da käme die Presse, so könnte man jedenfalls meinen, diesmal nicht an der NPD vorbei. Weit gefehlt. Der NDR meldet unverdrossen, es seien die Grünen, die den Bau der Anlage rigoros ablehnten, und MVRegio

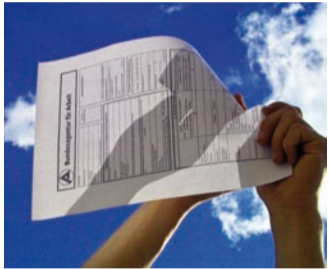
berichtet ausführlich von einer Volksinitiative, die außerparlamentarisch eingebracht wurde. Daß diese Initiative am Ende nur das erreichen kann, was die NPD mit ihrem Parlamentsantrag zum Kraftwerk Lubmin bereits erreicht hat, erwähnte die Presse natürlich nicht. Daß sich die nationale Opposition des Themas angenommen hatte, wurde nur in den Entrüstungstiraden der Plenarwoche kenntlich, die beklagte, die NPD sei „populistisch“.

Der Landtag hat sich also bereits abschlägig mit dem Antrag der NPD befaßt, der einen Stopp des Projektes gefordert hatte. Die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag wollte es zur unerwünschten ausländischen Investition erklären.

Selbstverständlich wird die NPD daher auch die Volksinitiative zu unterstützen, denn im Gegensatz zu den Blockparteien geht es den Nationalen um die Sache.

Erreichbarkeit humaner fassen

Zu den Pflichten eines Empfängers von ALG II gehört die Inaugenscheinnahme von Postsendungen, die an seine Wohnanschrift geschickt werden. Nach jetziger Regelung ist jener Personenkreis verpflichtet, dies mindestens einmal pro Werktag zu tun, um Anforderungen der Sozialbehörde gegebenenfalls sofort am folgenden Werktag ab 8 Uhr Folge leisten zu können.



Die Festlegung erfolgt durch § 7 (4a), der durch ein sogenanntes Fortentwicklungsgesetz in das SGB II eingefügt wurde. Er macht die Leistungsberechtigung von der Erreichbarkeit im zeit- und ortsnahen Bereich abhängig. Maßgebend ist die „Erreichbarkeits-Anordnung“ der Bundesanstalt für Arbeit.

Die derzeitige Bestimmung, so der NPD-Abgeordnete und Rechtsanwalt Michael Andrejewski, „läuft darauf hinaus, daß Leistungsempfänger an ihren Wohnort gebunden sind wie früher Leibeigene an die Scholle.“ Die NPD-Fraktion stellte deshalb einen

Antrag auf eine humanere Gestaltung der Erreichbarkeits-Maßgaben. An die Landesregierung sollte dazu per Landtagsbeschluß die Aufforderung zur Ergriffung einer Bundesratsinitiative ergehen. Im Länderparlament der BRD ist es durchaus möglich, die Abänderung von Gesetzen zu erreichen. In diesem Fall hätte es den § 7 (4a) SGB II betroffen. Laut NPD-Vorstellung sollte er eine Neuregelung erhalten, nach der das Entgegennehmen bzw. Durchsehen von Post an jedem dritten Tag als ausreichend angesehen wird.

In der Begründung wies die NPD zum einen auf die Verletzung des Rechtes auf Freizügigkeit (Artikel 2 Grundgesetz) hin, die sich aus der jetzigen Regelung ergebe. Desweiteren handele es sich um eine „sinnlose Schikane“. So sei es in der Praxis „vollkommen ausgeschlossen, daß plötzlich aus dem Nichts Arbeitsmöglichkeiten auftauchen, die sich aber sofort wieder verflüchtigen, wenn sie am nächsten Tag nicht aufgenommen werden.“

Die Alt-Parteien bügelten auch diesen, auf eine Änderung des SGB II hinzielenden NPD-Vorstoß ab. Mit dabei auch die Vertreter der Linken, sonst immer vorneweg, wenn es darum geht, sich als „Robin Hood“ aufzuspielen.

Wirtschaftsförderung zukunftsfähig gestalten

Wir kennen sie zur Genüge: jene Absahner, die zum Teil fürstliche Investitionszulagen erhalten, um dann nichts als verbrannte Erde zu hinterlassen. Oder auch jene Politbonzen, die bereit sind, nahezu jede auf EU-Ebene gefällte Entscheidung in die Tat umzusetzen.

Gleich zwei Skandale dieser Art haben sich zuletzt in Mecklenburg ereignet. Die Zuckerfabrik Güstrow (100 Beschäftigte) sowie der CD- und DVD-Hersteller „Optical Disc Service“ (ODS) Dassow

(1.100 Beschäftigte) machten dicht.

CD/DVD-Werk Dassow

Ein schlimmes Beispiel für nahezu ungehemmten Fördermittelgenuß ohne Einflußmöglichkeit des Landes ist ODS Dassow. Die jetzige Landesregierung wie auch ihre rot-rote Vorgängerin wußten offenbar mehr und eher über die Schwierigkeiten von ODS, als sie zunächst zuzugeben bereit waren.

Werksboß Wilhelm F. Mittrich setzte in der Vergangenheit mehrere Projekte in den Sand, wovon kein Landespolitiker zunächst gewußt haben will. ODS erhielt über die Jahre mindestens 73 Mio. Euro Zuschüsse vom Land. Niedrige Löhne wurden streckenweise vom Arbeitsamt noch bezuschußt.

Am Tag der vorerst letzten Mitarbeiterversammlung war die NPD als einzige politische Kraft vor Ort, um Flagge zu zeigen. Zuvor hatte die Landtagsfraktion mit Kleinen Anfragen sowie Flugblättern auf die von der Systempolitik maßgeblich verschuldete Situation aufmerksam gemacht.

Zuckerfabrik Güstrow

Der „Standort“ Güstrow wurde direktes Opfer der brüsselhörigen Politik des Altparteien-Kartells. Als Schlag ins Kontor erwies sich dabei die Zuckermarktverordnung von 2005: Quotenreduzierung, Herabsetzung des Rüben- und Zuckerpreises und Öffnung



des EU-Marktes für die Dritte Welt, was auch heißt: Schließung von Standorten. In Güstrow flossen somit 200 Mio. Euro Investitionen (30 Mio. davon Steuergeld) schlichtweg umsonst. Gelackmeierte in allen Fällen: Mitarbeiter, Rübenbauern, andere Dienstleister und deren Familien.

Als Geldgeber sind Bund und Länder also immer willkommen. Direkt zu sagen haben sie nichts. „Wirtschaftsförderung zukunftsfähig gestalten – De-Industrialisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern stoppen, Standorte Dassow und Güstrow erhalten“, lautete ein von der NPD eingebrachter Antrag. Verbunden war er mit der Aufforderung an die Landesregierung, „statt einer Subvention eine Eigentumsbeteiligung an Unternehmen anzustreben“.

Die Ablehnung auch dieser NPD-Initiative zeugt wieder einmal davon, wie stark den regierenden Parteien der gesunde Menschenverstand abhanden gekommen ist.



Das ehemalige Werkstor der Zuckerfabrik Güstrow

„Gender Mainstreaming“

Pervers: Die Auflösung der biologischen Geschlechter

„Gender Mainstreaming“ (GM) gehört heute zur offiziellen bundesdeutschen Politik. Diese abnorme Strömung des Zeitgeistes hätte mit „Politischer Geschlechtsumwandlung“ die treffendste Übertragung ins Deutsche gefunden. Da sich aber hinter GM eine menschenverachtende Ideologie versteckt, bleibt es bei der gewollten Unverständlichkeit der Begrifflichkeit. GM, einst von Feministinnen, Linken und Homosexuellen erstonnen, hat sich derweil bis in die höchsten Kreise festsetzen können. Nun werden millionenschwere Bundes- und Landesprogramme ins Leben gerufen, um GM salonfähig zu machen. Dagegen stellte die NPD-Fraktion im Landtag einen Antrag. Sie forderte: „Sämtliche ‚Gender

Mainstreaming‘-Programme einstellen – Familien fördern“.

Flüchtig gesehen, soll GM die Chancengleichheit von Mann und Frau durchsetzen. Tatsächlich meint GM allerdings, daß es das biologische Geschlecht nicht gebe. Geschlecht sei eine bloße Frage der Erziehung und könne durch Umerziehung geändert werden. Jeder soll ein neues, ein „soziales“ Geschlecht erhalten, das er – völlig unabhängig von seinem biologischen – selbst bestimmen kann. Daß dies ein grundsätzlich falscher Weg ist, da er die evolutionär bedingte Naturgesetzlichkeit verneint, nämlich die körperlichen wie hormonellen Unterschiede von Mann und Frau, dürfte jedem auffallen.

Besonders abstoßend an den GM-Programmen ist die Absicht, bereits bei den Kleinsten mit der „geistigen Geschlechtsumwandlung“ zu beginnen. Zu diesem Zweck wurden Broschüren erstellt, die begrenzt auf Informationen über Sexualpraktiken und sexuelle Orientierung, eine Frühsexualisierung von Kleinkindern mit deutlicher Tendenz zur Pädophilie betreiben. Statt die klassische Familie und die verantwortliche eheliche Bindung zu fördern, wird eine auf Lustbefriedigung reduzierte Sexualität propagiert.

Das ist die regierungsamtliche „Familienpolitik“ eines Staates, dessen Volk dem biologischen Supergau entgegentaumelt. Die wider natürlichen Feldversuche auf Steuerzahlerkosten sind auch in demokratie-technischer Hinsicht zu hinterfragen, da es GM an demokratischer Legitimation fehlt.

Die NPD sagt Ja zu Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit von Mann und Frau, aber Nein zu Gleichmacherei. Schluß mit allen „Gender-Mainstreaming“-Programmen und stattdessen die freiwerdenden Mittel für die Förderung deutscher Familien verwenden!



Im Namen der „Geschlechtergerechtigkeit“, versuchen ideologietriebene Genderisten einen neuen „geschlechterlosen“ Menschen zu schaffen.

Das Ergebnis: die Auflösung der Familie!

Absurder geht es nicht

Zufall oder Verschleierungstaktik? In Sachen „Grüne Gentechnik“ herrscht im Lande ein Kompetenzwirrwarr. Viele Ministerien fühlen sich zuständig und schaffen damit ein gewolltes oder ungewolltes Chaos. So oder so: Das Ergebnis sind Fehl- und Parallelhandlungen sowie die Verlängerung von Verfahrenswegen zwischen den einzelnen Ressorts, die durch nichts zu rechtfertigen sind.

Der Verantwortung gegenüber den Menschen – schließlich beansprucht das Land Mecklenburg-Vorpommern, Gesundheitsland Nummer eins in Deutschland zu sein – wird die Landesregierung damit nicht gerecht. Die NPD beantragte deshalb, sämtliche Kompetenzen bezüglich der „Grünen Gentechnik“ auf das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz zu bündeln. Obwohl es gegen diesen Bündelungsvorschlag kein stichhaltiges Gegenargument gibt, wurde der NPD-Antrag abgelehnt. Die Fortführung des Chaos ist vorprogrammiert, und die NPD wird weiter die Finger in die offene Wunde legen.

7% Mehrwertsteuer für den Mittelstand

Der große Konjunkturaufschwung, den Frau Merkel und Co. seit Monaten herbeihalluzinieren, scheint nicht nur beim normalen Bürger nicht anzukommen, sondern ebenfalls bei mittel- und kleinständischen Firmen des Handwerks und des Gastgewerbes. Anders ist eine florierende Schattenwirtschaft, die sog. „Schwarzarbeit“, in diesen Wirtschaftszweigen nicht zu erklären.



Statt nach den schuldigen Schwarzarbeitern zu suchen, wie es zu gern von den Blockparteien betrieben wird, stellte die NPD-Fraktion einen Antrag zur Wiederbelebung der mittelständischen Wirtschaft. Die Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes für Konsumnähe und arbeitsintensive Dienstleistungen, die vor allem die Bereiche des Handwerks, der haushaltsnahen Dienstleistungen und das Gastgewerbe betreffen, sollte auf Bundesratsinitiative deutschlandweit zur Anwendung kommen.

Mit 7 Prozent Mehrwertsteuer anstelle der bisherigen 19 Prozent würden nicht nur besagte Wirtschaftszweige gefördert, sondern zudem ein erheblicher Beitrag zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze geleistet. Die Bekämpfung der Schattenwirtschaft, die nicht nur für den Staat, sondern auch für „ehrlich“ konkurrierende Unternehmen eine Einnahmefahrde darstellt, kann am effektivsten durch eine florierende Wirtschaft betrieben werden. Dieser Ansicht folgten die Blockparteien nicht.

„Höher als die Abgeordneten stehen die Bürger des Landes!“

Herr Borrman, in der letzten Plenardebatte haben Sie für Aufregung gesorgt, weil Sie am Ende Ihres Beitrages gesungen haben. Haben Sie damit der grotesken Situation in der Plenarsitzung den Spiegel vorgehalten?

„Res severa est verum gaudium“ – „die ernste Sache ist eine wahre Freude“, sagte der Philosoph Seneca. Der Landtag ist eine Form des politischen Kampfes, in dem unsere Gegner, die uns als ihre Feinde bezeichnen, uns ihren Willen aufzwingen wollen. Sie schaffen es nicht, sich mit uns wirklich inhaltlich auseinanderzusetzen. Wer sich unsere Reden und deren Gegenreden anschaut, denkt: Wieso reden die aneinander vorbei?! Die meisten Anträge der Etablierten sind den Problemen gegenüber, mit denen sich die Bürger des Landes plagen, entweder blind oder leer. Ich bemühe mich, dies sachlich oder mit Witz und Ironie – aber nie geistlos – aufzuzeigen. Manchmal müssen selbst die Etablierten über den Spiegel schmunzeln, in dem sie sich wiederentdecken ...

Nun handelt es sich ja beispielsweise bei Frau Bretschneider um eine „Linke“. Die wollten doch mit den 68ern einstmals den „herrschaftsfreien Diskurs“ erreichen. Gilt die Formel „als Revolutionär gestartet und als Oberlehrer gelandet“? Was ist aus diesen Idealen geworden?

Frau Bretschneider ist ein Kind der DDR – sie hat etwa zur gleichen Zeit wie ich an der Karl-Marx-Uni in Leipzig studiert. Ich habe mir die Studiengänge ein paarmal angeschaut: Ihre Lehrer-Ausbildung war sehr verschult: büffeln und pauken statt selbständig denken lernen. DDR-Lehrer waren in der Regel konservativ und nicht revolutionär. Der Präsident des Landtages ist dem Anspruch nach zu einer parteipolitisch neutralen Amtsführung verpflichtet. Sylvia Bretschneider hat von Anfang an erklärt, ihr Präsidialamt als Herrschaftsmittel gegen eine von ihr gehaßte nationale Opposition zu gebrauchen. Sie verwandelt ihr Amt in eine nicht zur Diskussion fähigen Präsidialdiktatur. Sie gebietet nicht nur über den Ablauf des „par-

lamentarischen Betriebes“, sie legt auch fest, was wahr und falsch ist. Wer das bezweifelt, spürt ihre Krallen ... Selbst das Grundgesetz ist vor ihr nicht sicher! Die in Artikel 1 genannte Würde des Menschen steht bei dieser Präsidentin in Artikel 3!

Ach – und Bretschneiders Links-Sein ist doch nichts als ein Etikettenschwindel. In Wahrheit geht es ihr nicht um Links oder Rechts, sondern um Oben und Unten. Als Vertreter der Oberschicht will und darf sie nicht zulassen, daß die NPD, die für die breite Bevölkerung eintritt, sich inhaltlich durchsetzt und in der Form ihren Willen behauptet.

Es ist in den Ordnungsrufen immer wieder von der „Würde des Hauses“

die Rede. Hat jetzt ein Haus auch schon eine Würde?

Die „Würde des Hauses“ ist DAS Machtinstrument, mit dem uns die Präsidenten – ausnahmslos etablierte Politiker – ihre Sprache und damit ihren Stallgeruch aufzwingen wollen. Eine Opposition kann sich aber nur dann als fundamental behaupten, wenn sie sich auch in ihrem Auftreten nicht dem System anpaßt. Dieses Anderssein suchen die System-Parlamentarier zu verunglimpfen. Zuerst dachten sie, wir marschieren kahlköpfig mit Springerstiefeln im Gleichschritt in den Landtag. Sie waren schon etwas verblüfft, als wir nach und nach zeigten, daß wir ihnen Paroli bieten können: kämpferisch reden, trockenen Humor ha-

ben, sachlich argumentieren oder auch mal singen ...

Wir haben es ja im Schweriner Schloß fast schon mit rituellen Handlungen zu tun. Die NPD schlägt etwas vor, die Blockparteien lehnen ab – gleichgültig, um welchen Inhalt es sich handelt. Es stellt sich da die Frage, ob die Abgeordneten denn auch die Erdkrümmung anzweifeln würden, wenn die NPD dies feststellen (lassen) würde. Hat das noch etwas mit Demokratie zu tun?

Unsere parlamentarische oder repräsentative Demokratie mündet in eine Oligarchie. Die etablierten Parteien haben aufgehört, unser Volk zu repräsentieren. Sie haben die Macht unseres Staates an Brüssel, seine Lobbyisten und die globalen Konzerne abgetreten. Um ihre Ohnmacht zu verschleiern, setzen sie auf Rituale, die stellenweise an langweilig-mittelalterliche Hofzeremonien erinnern. So haben die Bonzen beschlossen, gegen alles zu stimmen, was wir Nationalen einbringen. Die Etablierten haben gleich nach der Wahl die geheimen Sachabstimmungen aus der Geschäftsordnung gestrichen – so daß kein Abweichter bei Strafe seines Karriere-Endes mit uns zu stimmen wagt. Wir NPD-Abgeordnete entscheiden dagegen im Sinne unserer Sache. Das heißt: Wenn ein Antrag unserer Gegner unserer Zielstellung entspricht, dann stimmen wir dem zu.

Dadurch sind wir in flexibel und kompromißlos zugleich. Unsere Gegner wirken meist engstirnig und kleinkariert. Manchmal erinnert mich unser höfisches „Landtags-Theater“ an die Schlacht bei Austerlitz: Dort wurden die in Linien-Formation marschierenden Österreicher und Russen von der intelligenten Taktik der Franzosen in die Flucht geschlagen. Gewiß – ganz so weit ist es noch nicht! Aber ich sage mit Ferdinand Raimund: „Scheint die Sonne noch so schön – einmal muß sie untergehn!“

Welche Strategien haben Sie gegen diesen Irrsinn?

Ich wende mich an die, die noch vernünftig denken können: An die Bürger von Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb beginne ich meine Reden mit „Bürger des Landes“. Es hat etwas Verräterisches, wenn die Präsidentin und ihre drei Stellvertreter diese Anrede als gröblichen Verstoß gegen die „Würde des Hauses“ brandmarken und mich deshalb aus der Sitzung „rausschmeißen“. Sie sagen ganz offen, daß sie sich nicht angesprochen fühlen – daß sie keine Bürger, sondern Götter des Landes sind. Götter, denen man huldigen, die man ehrfurchtsvoll anbeten muß.

Ich hingegen sage: Höher als die Präsidentin stehen die Abgeordneten des Landtags, höher als die Abgeordneten stehen die Bürger des Landes. In diesem Sinne bin ich konsequenter Demokrat.



Raimund Borrman
Jahrgang 1960

Die Ausländerlüge

Uns wird seit Jahren vorgelogen, daß die bei uns lebenden Ausländer einen positiven Beitrag zum deutschen Sozialsystem leisten würden. Daß dem nicht so ist, läßt sich nur erahnen. Das Thema Ausländerkosten ist offiziell für Tabu erklärt worden. Jeder, der hinterfragen möchte, trifft auf eine Mauer des Schweigens, der Verleumdung und Lüge.

Wenn man die Quellen vergleicht, werden an Kosten für die Ausländer 6 bis 70 Millionen Euro jährlich genannt.

Diese Zahlen erscheinen unglaublich, denn bereits vor 15 Jahren wurde vom Volkswirtschaftler Karl Baßler eine Studie erarbeitet, die anhand amtlicher Berichte Kosten i. H. v. mehreren Milliarden (!) jährlich für die BRD errechnete.

Es gibt bisher keine zusammenfassende amtliche Statistik über die Ausländerkosten. Nur unvollständige Angaben existieren, wie

die Arbeitslosenzahlen der Ausländer, aber nicht deren Kosten und die Zahl der ausländischen Kriminellen sowie die Kosten, die sie verursachen. Gleiches gilt bei Einkommen und Produktionsleistung ausländischer Arbeitskräfte.

Darum brachte die NPD-Fraktion einen Antrag zur Erstellung einer Studie über die tatsächlichen Kosten der Einwanderung und deren finanzielle Auswirkungen auf die Sozialsysteme ein. Für eine grundlegende Änderung der Ausländerpolitik sollte mit dieser Untersu-

chung der erste Schritt getan werden.

Die Überfremdung muß endlich gestoppt werden. Sie bedeutet nicht nur die Zerstörung unseres Volksganzen, sondern auch einen Angriff auf den Einzelnen, der mit seinem Steuergeld die Sozialleistungen für die Asylanten mitfinanziert.

Mit der einstimmigen Ablehnung des Antrages durch die Blockparteien bewiesen diese einmal mehr, wessen Interessen sie wirklich vertreten.



Familiengerechte KFZ-Steuer

Die NPD-Fraktion brachte in der letzten Plenarrunde einen Antrag zur familiengerechten Kfz-Steuer ein. Statt die Steuerschraube immer wieder und wieder anzuziehen, so die Argumentation des NPD-Abgeordneten Tino Müller, solle man lieber gemeinsam einen Weg suchen, wie unser Volk von der großen Steuerlast befreit werden könne.

Der NPD-Antrag forderte die Landesregierung dazu auf, eine Bundsratsinitiative ins Leben zu rufen. Das Ziel dieser Initiative: Die Schaffung eines Steuersystems im Bereich der Kraftfahrzeuge, das kinderreiche Familien begünstigt. Eine solche Maßnahme könne mit dem nötigen politischen Willen leicht durch eine Ergänzungsbestimmung zum Kraftfahrzeugsteuergesetz erreicht werden. „Mit einer solchen neuen Regelung könnte Familien und allein erziehenden Elternteilen eine dringend notwendige



Steuervergünstigung gewährt werden,“ so Müller.

Nach dem NPD-Modell würde die Vergünstigung ab dem dritten Kind gewährt werden, und sie soll sich nur auf minderjährige Kinder beziehen. Wenn man also ab dem dritten Kind je 25 % des Kfz-Steuerbetrages erlasse, würde bei einer Familie mit sechs Kindern Steuerfreiheit in diesem Bereich eintreten.

Es ist jedoch immer das gleiche in der Politik: Großen Worten folgen nur selten große Taten. Die Förderung

von Familien steht ebenso wie die Steuerentlastung der Bürger jeden Tag auf der Tagesordnung. Wenn aber, wie im Falle des NPD-Antrages, konkrete Vorschläge zur Steuerentlastung gemacht werden, erfahren diese eine Ablehnung. Da nährt sich der Verdacht, die Politiker der Systemparteien könnten es vielleicht doch nicht so ehrlich mit ihren Bekenntnissen nehmen. Gerade deshalb wird die NPD nicht müde werden, Steuergerechtigkeit und Familienförderung anzumahnen.

Finger weg vom Schonvermögen

Es gibt Dinge, die zu nächst kaum wahrgenommen werden, für den Einzelnen aber von wesentlicher Bedeutung sein können. Die Regelungen zum Schonvermögen gehören ohne Wenn und Aber dazu. Schonvermögen soll grundsätzlich verhindern, daß hilfsbedürftige Menschen in ihrer Lebensgrundlage wesentlich beeinträchtigt werden. Klingt hübsch, wobei näheres Hinschauen eines besseren belehrt.

Nach jetziger Rechtslage ist vom Vermögen eines volljährigen erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen ein Grundfreibetrag von 150 Euro je vollendetem Lebensjahr abzusetzen, mindestens aber 3.100 und höchstens 9.750 Euro (siehe auch § 12 Absatz 2 SGB II).

Andere Regeln gelten hingegen für erwerbsunfähige Personen, die Leistungen nach dem SGB XII beziehen. „Kleinere Barbeträge oder sonstige Geldwerte“ seien demnach nicht zum Lebensunterhalt einzusetzen, wobei „besondere Notlagen“ Berücksichtigung finden müssen (§ 90 Absatz 2 Nr. 9 SGB XII). Präzisierung erfährt dies durch die Verordnung zur Vorschrift.

Sofern ein arbeitsfähiger Erwerbsloser das 60. Lebensjahr gerade vollendet hat und dann dauerhaft erwerbsgemindert wird, erfolgt eine Kürzung seines Schonvermögens auf 2.600 Euro.

Wenn ein unter 60jähriger so krank wird, daß er als dauerhaft erwerbsgemindert gilt, dann sinkt das Volumen der ihm zugestandenen kleinen Barbeträge oder sonstiger Geldwerte gar auf 1.600 Euro.

Im Vergleich zu arbeitsfähigen Bedürftigen stehen Erwerbsunfähigen rund 7.000 oder sogar 8.000 Euro weniger zu. Als Beitrag zum Abbau dieser Ungerechtigkeit stellte die NPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag: „Gleichbehandlung arbeitsunfähiger Hilfsbedürftiger beim Schonvermögen“. Die Landesregierung wurde darin zu einer Bundesratsinitiative aufgefordert. Anpassung der entsprechenden Regeln im SGB XII an die des SGB II, lautete der Vorschlag der Nationalen.

Die Blockparteien lehnten den Vorstoß ab und zeigten damit wieder einmal, was sie von der sonst tagesin, tagaus zitierten „Menschenwürde“ halten.



Keine Zunahme illegaler Grenzübertritte, Rückgang der Kriminalität und Aufschwung allenthalben sowieso. Zu diesem Schluß gelangt man bei kritikloser Hinnahme der offiziellen Berichterstattung über die Auswirkungen der Grenzöffnung zu Polen und Tschechien („Schengen II“) vom 21. Dezember 2007.

Seit Mitte Januar finden sich in der Berichterstattung kaum noch Meldungen zu oben genannten Punkten. Zuvor war das Bundesinnenministerium hinsichtlich der

genauen Zahl unerlaubter Einreisen in Erklärungsnot geraten. Eine Tageszeitung hatte unter Berufung auf interne Dokumente der Bundespolizei eine Zunahme dieser Straftaten festgestellt, was der offiziellen und offenbar geschönten Darstellung überhaupt nicht gut tat. Von da an herrschte von allen Seiten Funkstille.

Medien wie www.polskaweb.eu bohrten unbeirrt weiter und kamen zu einigen bezeichnenden Schlüssen: Schätzungsweise 1.000 Festnahmen in den ersten

Verbrechen durch Ausländer haben nach der Grenzöffnung nicht – wie von den Bonzen versprochen – ab-, sondern vielmehr zugenommen!

Die Grenzöffnung und ihre Folgen

vier Wochen nach der Grenzöffnung (nur jeder Zehnte werde gefaßt!), aus den Nähten platzende Aufbewahrungsstellen der polnischen Polizei für gestohlene Kfz, Zunahme des Zigaretenschmuggels um das Fünfzigfache (bei kaum noch vorhandenen Kontrollen!). Aus Sachsen wurden Klagen eines Landrats bekannt, der sich über die steigenden Kosten durch Asylbewerber beklagte. Von einer durch Innenminister Schäuble verhängten Nachrichtensperre war ebenfalls die Rede.

Die NPD-Fraktion forderte deshalb das Land auf, ihren Beitrag zu einer Wende in

der Informationspolitik zu leisten. Herr Schäuble (CDU) sollte durch Bundesrats-Initiative dazu animiert werden, wegen aller die Grenzöffnung betreffenden Probleme eine durchschaubare, regelmäßige und vollständige Nachrichtenpolitik zu betreiben. Desweiteren ging es im NPD-Vorstoß um die Offenlegung aller Kosten, die Landkreisen und Kreisfreien Städten durch die Aufnahme von Asylanten seit dem 21. Dezember 2007 entstanden sind bzw. weiter entstehen.

Die Blockparteien, in ihren Jubelgesängen empfindlich gestört, lehnten auch diesen Antrag ab.

Wildwasserweg oder Wasserstraße?

Studie zur Beschiffbarkeit der Elbe

Seit dem Fall der Mauer spielt die Forderung nach einer ganzjährigen Beschiffbarkeit der Elbe in der politischen Debatte eine immer größere Rolle. Zahlreiche Studien befassen sich mit diesem Thema, ohne jemals tatsächlich zusammengefaßt worden zu sein. Die NPD-Fraktion beantragte im Landtag deshalb eine Machbarkeitsstudie zur Elb-Beschiffbarkeit. Diese sollte dazu beitragen, endlich einmal eine Zusammenfassung der verschiedenen Studien zu ermöglichen, um somit einen aktuellen Stand der Forschung vorlegen zu können. Eine Unzahl von Fragen ist



bisher nicht ausreichend beantwortet. So ist z.B. offen, ob der Ausbau der Elbe ein Risiko oder eine Chance ist. Die Ergebnisse einer solchen Studie könnten allen an der Debatte Beteiligten eine wertvolle Hilfe sein und viele Fragen beantworten.

In der Debatte um die ganzjährige Schiffbarkeit der Elbe kommt als eine von drei Schwachstellenbereichen der Abschnitt zwischen Dömitz und Hitzacker vor. Der Ausbau an diesem Be-

reich der Elbe wurde in den 1930er Jahren begonnen, konnte aber kriegsbedingt nicht fertiggestellt werden, so daß heute noch die 13 Kilometer lange Reststrecke im Sommer für die Binnenschifffahrt nicht schiffbar ist. Aber: Durch den zunehmenden Güterverkehr rückt die Elbe immer häufiger als Alternative zu Schiene und Straße in den Fokus.

Die Blockparteien schienen das nicht so zu sehen und lehnten den Antrag ab.



Anzeichen für einen Systemverfall

Lorenz Caffier gerät unter Druck. Der Vorwurf: Er habe die Polizeistatistik hinsichtlich polnischer Tatverdächtiger geschönt. Noch am 6. März hatte Caffier beteuert, die Kriminalität an der Grenze gehe zurück. Der NPD hatte er, angesprochen auf die Sorgen der Bürger, „volksverhetzende Stimmungsmache“ vorgeworfen. Der stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Stephan Lack, der die Zahlen des Ministers in Frage gestellt hatte, wurde von Caffier ebenfalls öffentlich unter Druck gesetzt.

Udo Pastörs erklärte, dies seien deutliche Anzeichen eines Systemverfalls: „Wir fragen Herrn Caffier, ob Lügen den Boden dieses Grundgesetzes ausmachen? Der Innenminister wird sich im Parlament und vor der Öffentlichkeit verantworten müssen, warum er die Bevölkerung nicht umfassend informiert hat. Mit Notlügen operierte man auch im Endstadium der DDR. Insofern sehen wir mit Genugtuung, wie sich Leute wie Caffier ein zweites Mal politisch verstricken.“

Ordnungsruf?

Laut Geschäftsordnung „erhalten Landtagsabgeordnete einen Ordnungsruf, wenn sie die Würde und die Ordnung des Hauses verletzen.“ Aber es werden auch unablässig Ausdrücke und Redewendungen willkürlich als „unparlamentarisch“ gerügt. Denn ob ein Abgeordneter die „Würde des Hauses verletzt“, liegt allein im Ermessen des Präsidenten. Und so ernten unsere Abgeordneten für jedes unbequeme Wort einen Ordnungsruf. Doch ehrlich gesagt, die ernten wir gern! Denn wir sind unbestechlich und lassen uns von niemandem den Mund verbieten.

So hielten wir den Namen „Der Ordnungsruf“ für unser Mitteilungsblatt am treffendsten.

Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.

INFO-GUTSCHEIN

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

ePost

- Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.
- Ich möchte das Mitteilungsblatt „Der Ordnungsruf“ abonnieren.
- Bitte senden Sie mir das Themenheft zum Kinderschutz zu.

Jahrgang

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21

Beiträge zur Landespolitik - Kinderschutz



Die NPD-Fraktion hat zum Thema Kinderschutz in M-V ein Heft herausgegeben. Das Themenheft kann kostenfrei mit dem nebenstehenden Info-Gutschein angefordert werden.